

Zu diesem Heft

„Nichtregierungsorganisationen“ (NRO) – vielleicht noch besser mit dem Kürzel NGO („Non-governmental organizations“) bekannt – sind heute Teilnehmer an allen wichtigen internationalen und nationalen Konferenzen. Ohne formelle Mitgliedschaften sind manche von ihnen anerkannte und gewichtige Anwälte von Menschenrechten (z.B. amnesty international) und des Umweltschutzes (z.B. Greenpeace) oder auch mächtige Aktionsbündnisse (z.B. Attac) gegen die sozialen Defizite in der globalisierten Wirtschaft, im Welthandel und in Weltwährungsfragen mit dem Problem des Schuldenerlasses für Entwicklungsländer. Vermutlich wird jeder Leser weitere Beispiele nennen können. Diese Vielfalt, die Unklarheit über den rechtlichen Status, die Unübersichtlichkeit, ja auch etwa die Frage, wie die Rolle der Kirchen international und national zu bewerten sei, war Anlass für die Suche nach einem kompetenten Autor für eine umfassende und systematisch angelegte Analyse. *Dieter Neubert* beantwortet in seiner Analyse sicher nicht alle, aber viele wichtige Fragen. Nicht nur Definitionsfragen, sondern auch jene nach Anspruch und Wirklichkeit der NRO/NGO und nach ihrer Legitimation. Wen vertreten sie auf welcher Grundlage? Reicht etwa schon „Gefolgschaft“, erfolgreiche Spendenmobilisierung und Aktionismus? Diese Analyse verhilft zu vertieften Einblicken und zu abgewogenen Wertungen.

Eingeleitet wird das Heft 2/2003 diesmal durch den „Brennpunkt“ von *Thomas Fischer*. Nicht das historisch gewordene „kontinentaleuropäische“ Sozialstaatsmodell, um das gegenwärtig vor allem in Deutschland, Frankreich, Österreich heftig gestritten wird, ist sein Thema, sondern die Frage, ob es in der Europäischen Union ein gemeinsames, also ein „europäisches“ Sozialmodell bereits gibt (z.B. durch die Verträge seit Amsterdam und Maastricht) und durch eine konvergenzverstärkende neue EU-Verfassungsgebung weiterentwickelt werden kann.

Die Bundestagswahlen von 2002 sind zwar längst vorbei und die aktuellen Meinungsbefragungen zeigen ganz andere Werte an. Dennoch legen wir Wert auf eine vertiefende Deutung der Ergebnisse, vor allem unter dem Aspekt der Entwicklung des deutschen Parteiensystems. Der bekannte Parteienforscher *Oskar Niedermayer* arbeitet in seinem Grundsatzaufsatz vor allem den Abbau der in der alten Bundesrepublik vorherrschenden „bürgerlichen Mehrheit“ heraus, wodurch der Wettbewerb zwischen den beiden Großparteien offener geworden ist. Ergänzt wird dieser fachwissenschaftliche Beitrag durch die „Aktuelle Information“ von *Christiane Fritzsche* über die Ergebnisse und die Bedeutung der Bürgerschaftswahlen im kleinsten Bundesland Bremen.

Aufgegriffen werden in diesem Heft wieder sicherheitspolitische Fragen. Die offensichtlich aktivere sicherheitspolitische Rolle des vereinten Deutschlands wurde zunächst weniger theoretisch reflektiert als aktiv wahrgenommen. So mussten die Herausgeber abwägen, inwieweit die Zeitschrift den Militäreinsätzen und Kriegsschauplätzen von Bosnien-Herzegowina bis zum Horn von Afrika, Kuwait und Afghanistan gerecht werden konnte und wie relevant sie jeweils innerhalb der Zielsetzung „Sozialwissenschaften für politische Bildung“ waren. Die damit verbundenen transatlantischen Konflikte schienen noch zu sehr im Fluss, um durch Aufsätze, die über den Charakter von Zeitungskommentaren hinausgingen, erschlossen zu werden. In diesem Heft glauben wir mit grundsätzlichen Fragen beginnen zu

können. So ist die „Aktuelle Information“ von *Johannes Varwick* trotz ihrer Kürze Information und Analyse zugleich unter der Fragestellung: „Sind die Entscheidungsstrukturen deutscher Sicherheitspolitik den neuen Gegebenheiten angemessen?“ Diese Frage reicht über die Institution „Bundessicherheitsrat“ weit hinaus.

Am Beitrag „Implikationen der New Economy für die Unternehmensstrukturen“ von *Rahild Neuburger* sei noch einmal auf die Relevanz dieser organisations- und betriebswirtschaftlichen Beiträge zum Aufgabengebiet „Sozialwissenschaften für politische Bildung“ hingewiesen. Diese Serie über die konkreten Veränderungen der Ökonomie durch die Besonderheiten der sogenannten „New Economy“ wird Ende des Jahres nach 8 Beiträgen zunächst abgeschlossen. Der vorliegende Beitrag ist erneut ein Modell für das so strittige Thema „Wirtschaft an der Schule“. Er zeigt, dass und wie diese wichtige neue Thematik durchaus im sozialwissenschaftlichen Kontext ihren Platz hat und gelehrt werden kann. Er weist aber auch eindringlich nach, dass manche wirtschaftskundlichen Teile des herkömmlichen Sozialkundeunterrichts reformbedürftig sind und durch Modelle ersetzt werden sollten, wie sie von Frau Neuburger aspektreich und differenziert vorgestellt werden.

Einen neuen und wichtigen Beitrag zur Generationen-Frage legen *Gertrud M. Backes* und *Wolfgang Clemens* vor. Sie besprechen auf der Grundlage des 4. Berichts über die Lage der älteren Generation die sogenannte „Hochaltrigkeit“ als vierte Phase in der Lebensspanne von Kindheit, Erwerbstätigkeit und einem Altern in Gesundheit und Selbstständigkeit. Dies ist ein wichtiger und differenzierender, zugleich sehr realitätsnaher Beitrag zur wachsenden demographischen Problematik in Deutschland.

Die Hintergründe des 11. September in den USA, z.B. die Aufdeckung der terroristischen Gruppierung in Hamburg und andernorts, geben zweifellos Anlass zu verstärkter Wachsamkeit. In Deutschland ist damit die Frage der Telefonüberwachung virulenter denn je. Denn es geht eben nicht allein um die Aufdeckung von Skandalen, um Korruption und Drogenhandel. Es geht um die Sicherheit der Staatsbürger. Wie kann der Staat differenziert vorgehen, wie das Vorgehen kontrolliert werden? Kollisionen mit Individualrechten liegen auf der Hand. Besonders sensibel ist der Bereich der Pressefreiheit. Zu dieser Grundproblematik dokumentiert und kommentiert *Heiner Adamski* ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu zwei Verfassungsbeschwerden von Journalisten: Eine wichtige, wenn auch umstrittene Abklärung des Spannungsverhältnisses zwischen der Pressefreiheit und den Zugriffsmöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden auf Telekommunikationsdaten.

Derselbe Autor stellt in der Sparte „Kontrovers dokumentiert“ grundlegende Probleme der Gemeindefinanzen und ihrer Reform dar. Die hier dokumentierten unterschiedlichen Problemanalysen, Reformideen und Forderungen verdeutlichen möglicherweise stärker als jede Analyse es vermag die sachlichen Hintergründe. So werden Sachkenntnisse auf interessante Weise vermittelt und wird die Vielfalt der Ideen doch auf den Punkt gebracht.

Zur politischen Bildung im engeren Sinne gehört der Beitrag von *Nicolle Pfaff*. Sie zeichnet ein Bild politischer Lernprozesse in den wesentlichen Lebensbereichen von ca. 1400 Jugendlichen (14-18 Jahre) aus Sachsen-Anhalt. „Umfassende Prozesse der politischen Bildung von Jugendlichen erreichen nur eine privilegierte Minderheit“, so lautet ihr Ergebnis. Die meisten Jugendlichen kommen nur am Rande mit Politik in Berührung. Ob der hier vorgestellte Systematisierungsversuch von Wegen der politischen Bildung über das Vergleichsland hinaus Geltung beanspruchen darf, muss weiter diskutiert werden. Sehr mutig ist anschließend natürlich die Unterrichtsreihe zur „Gentechnik“ im Politikunterricht, die Ronny Einecke vorstellt. Ziel ist es, dass die Schüler das nötige Fachwissen über die Problematik der Stammzellenforschung, des Klonen und der Präimplantationsdiagnostik erlangen und lernen, die eigene Meinung kritisch zu befragen und zu diskutieren.

Die Herausgeber